



Der Mitinitiant der kantonalen Volksinitiative «Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)», Stefan Lacher (l.) meint, mehr Transparenz würde wieder mehr Vertrauen der Bürger in die Politik bringen. Der jungfreisinnige Kantonsrat Marcel Montanari sagt, die Initiative gehe viel zu weit und schwäche die Parteien und damit die Demokratie.

BILD EVELYN KUTSCHERA

Im Gespräch mit: Stefan Lacher und Marcel Montanari

Die kantonale Transparenzinitiative will eine umfassende Offenlegungspflicht bei den Parteifinzen. Darüber debattieren die beiden Kantonsräte Stefan Lacher (Juso, Stadt Schaffhausen) und Marcel Montanari (Jungfreisinn, Thayngen).

«Nichts zu verstecken, viel zu verlieren»

Mark Liebenberg

Die kantonale Transparenzinitiative gelangt am 9. Februar zur Abstimmung. Im SN-Streitgespräch vertritt Jusokantonsrat und Mitinitiant Stefan Lacher die Pro-Argumente und der jungfreisinnige Kantonsrat Marcel Montanari die Gegenseite.

Herr Lacher, lassen sich Wahlen und Abstimmungen im Kanton Schaffhausen kaufen?

Stefan Lacher: Mich irritiert schon, wie gross der Plakat- und Inseratewald bei Abstimmungen und Wahlen jeweils ist. Die Politik selber findet offensichtlich, dass man damit Stimmen generieren und Abstimmungsergebnisse beeinflussen kann. Vor allem bei komplizierten oder knappen Vorlagen können Geldmittel einen Einfluss haben. Aber woher kommt es? Auch in der Politik gilt: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.»

Die Parteifinzen und die Namen von Spendern müssten dann publiziert werden. Wem nützt ein solches Register?

Lacher: Die Stimmberechtigten als höchste Instanz müssen sich vollumfänglich ein Bild machen und bei Urnengängen beurteilen können, welche monetären Interessen allenfalls im Spiel sind. So kommen auch fundiertere Entscheide zustande, davon bin ich überzeugt.

Herr Montanari, wie die Mehrheit der Kantonsparlamentarier lehnen Sie eine solche Offenlegungspflicht ab. Was haben Sie zu verstecken?

Marcel Montanari: Wir haben nichts zu verstecken, aber viel zu verlieren. Es ist ein grunddemokratisches Prinzip, dass jeder eine Sache oder Partei unterstützen

kann, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Ich bin – wie Du hoffentlich auch, Stefan – dafür, dass die Stimmabgabe nicht öffentlich ist. Das Gleiche muss für Spenden gelten.

Aber finden Sie es okay, wenn Interessengruppen mit Geld Einfluss zu nehmen versuchen, ohne dass sie sich zu erkennen geben müssen?

Marcel Montanari: Grundsätzlich finde ich, sollen alle bei der öffentlichen Meinungsbildung mitwirken dürfen. Geld spielt sicher eine gewisse Rolle, egal, auf welcher politischen Seite. Man will auf seine Anliegen aufmerksam machen, und das kostet etwas. Wenn Umweltverbände eine linke Initiative finanziell unterstützen, sollen sie das doch tun dürfen. Ich fände es aber insbesondere falsch, wenn Privatpersonen, die eine Partei oder ein Anliegen unterstützen, das veröffentlichen müssen und deswegen gebrandmarkt werden können.

Lacher: Das wollen wir ja auch nicht, deshalb haben wir bei Privatpersonen eine Mindestgrenze von 3000 Franken eingeführt. Alles darüber finden wir aber schon einen namhaften Betrag, man muss doch hinstehen können und dazu stehen, wenn man schon so viel Geld in die Hand nimmt. Es geht hier um Politik, da besteht ein öffentliches Interesse.

Montanari: Aber die meisten Leute spenden doch nicht, um Einfluss nehmen zu wollen, sondern aus Idealismus, weil sie eine Partei oder einen Kandidaten gut finden. Wenn man Angst vor der Einflussnahme privater Geldgeber hat, könnte man auch fordern, dass Hilfswerke, NGOs und andere gemeinnützige Institutionen offenlegen müssen, von welchen Personen sie Geld erhalten. Was wollt ihr denn mit dieser Information überhaupt machen?

Transparenzinitiative

Die Transparenzinitiative der Schaffhauser Jungsozialisten fordert, dass Parteien, Wahl- und Abstimmungskomitees öffentlich machen müssen, von wem sie wie viel Geld erhalten. Spenden von Privatpersonen sind ab 3000 Franken zu deklarieren. Wer in einer Gemeinde oder auch auf kantonaler Ebene für ein öffentliches Amt kandidiert, soll all seine Interessenbindungen offenlegen müssen. Der Kanton muss dies prüfen und Verstösse ahnden.

Lacher: Du redest das Problem klein. Es gibt in der Politik in den Augen von vielen Leuten das Problem des Filzes, viele Leute haben ein schlechtes Bild von der Politik, sie sagen, die Politiker machen sowieso, was sie wollen, und man weiss nicht, woher welches Geld in die Politik fliesst. Mehr Transparenz würde wieder mehr Vertrauen in die Politik schaffen.

Montanari: Kann man euch Jusos mit Geld beeinflussen? Das würde mich erstaunen, bei uns Jungfreisinnigen ist das nämlich nicht so. Aber wir nehmen selbstverständlich Spenden entgegen, wenn wir damit für unsere Anliegen ein paar Inserate kaufen oder für unsere Kandidaten Werbung schalten können.

Herr Lacher, wo konkret erheben Sie den Filzvorwurf, wo sehen Sie dieses Misstrauen in der kantonalen Politik?

Lacher: Nicht ich erhebe den Vorwurf, aber es gibt Leute, die das so sehen. Zum Beispiel bei der letzten Volksabstimmung zum Naturpark. Gegner wie Befürworter haben viel Geld in die Hand genommen, um mit Flyern, Plakaten und Inseraten für ihre Sache zu werben. Woher kam das Geld? Das ist völlig im Dunkeln und fördert das Vertrauen in die lokale Politik nicht.

Montanari: Wo soll da das Problem sein? Beide Seiten haben Geld in den Abstimmungskampf investiert, weil es ihnen wichtig war, das belebt die Demokratie! Wenn aber Private sich öffentlich exponieren müssen, sehe ich die Gefahr, dass die Leute dann einfach nichts mehr spenden. Und das gilt erst recht für Firmen, Verbände, Vereine und so weiter, die bereits ab einem Franken alles offenlegen müssten, falls die Initiative angenommen würde.

Die Transparenzinitiative fordert, dass Kandidaten für alle öffentlichen Ämter, sei es im Kanton oder in den Gemeinden, ihre Interessenbindungen offenlegen müssen vor der Wahl. Das würde faktisch zu einem Anmeldeverfahren führen, um in-ner Frist diese Informationen zu veröffentlichen. Würde das nicht wilde Kandidaturen, also Spontankandidaturen, gänzlich verunmöglichen?

Lacher: Ich sehe nicht, wieso dies jemanden an einer Kandidatur hindern sollte, wie das die Gegner behaupten. Es ist nicht zu viel verlangt, wenn Kandidierende einen Monat im Voraus Farbe bekennen, man lässt sich ja für vier Jahre verpflichten.

Montanari: In der Praxis ist es aber oft anders. Wenn an einer Gemeindeversammlung, sagen wir an einem Freitag, ein Gemeinderatssitz neu besetzt werden muss, könnten sich Interessierte dann nicht mehr am Mittwoch entscheiden, zu kandidieren. Weil es dann zeitlich nicht mehr reichen würde, die Interessenbindungen öffentlich zu machen...

Lacher: Nein, das müsste man dann eben vorher machen. Ich glaube aber nicht, dass das zu einem Zusammenbruch der Politik auf der kommunalen Ebene führt ...

Montanari: Doch, natürlich hätten dann viele Gemeinden ein Problem. Manchmal finden sich ja Kandidaten sogar erst an der Gemeindeversammlung selber.

Lacher: Es ist immer so, wenn es einen Paradigmenwechsel gibt, dann braucht es eine gewisse Gewöhnungszeit. Mit der Zeit würde sich das mit den Fristen sicher einpendeln.

Die Gegner kritisieren die «Bürokratie», die entstehe. Wieso eigentlich? Die Par-

Fortsetzung auf Seite 21